



## Newsletter 15 / 2022

19.12.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche wurden im Plenum unter anderem die Weichen für die bayerischen Härtefallhilfen gestellt, um in Zeiten der Krise und steigender Energiepreise dort unterstützen zu können, wo die Hilfen des Bundes lückenhaft bleiben. Außerdem wurde eine Änderung des Uniklinikgesetzes auf den Weg gebracht.

Mehr dazu und zu weiteren Themen in meinem neuen Newsletter.

Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest und viel Glück im neuen Jahr!

Herzliche Grüße

Alfred Sauter, MdL

---

### Härtefallhilfen des Freistaats Bayern



Bild: pixabay.com

Der Bayerische Landtag unterstützt den von der Bayerischen Staatsregierung angekündigten Härtefallfonds Bayern mit einem Gesamtvolumen in Höhe von bis zu 1,5 Mrd. €, mit dem bei drohender Existenzgefährdung verbleibende finanzielle Lücken der Bundeshilfen geschlossen werden sollen.

Die Menschen in ganz Deutschland und in Bayern leiden unter den stark gestiegenen Energiepreisen. Sie brauchen dringend Planungssicherheit und müssen endlich erfahren, wie der Staat sie im Hinblick auf die derzeitigen hohen Energiekosten konkret. Der Bund ist hier zunächst in der Verantwortung, seine versprochenen finanziellen Hilfen nunmehr rasch zu konkretisieren und auf den Weg zu bringen. Erst wenn die Details der Bundeshilfen klar definiert sind, können der Freistaat Bayern und die anderen Länder ihre eigenen subsidiären Hilfspakete final ausgestalten und die jeweiligen Maßnahmen auf den Weg bringen.

Begrüßenswert ist, dass der Haushaltsentwurf 2023 wieder ohne neue Kreditermächtigung auskommt und der Härtefallfonds Bayern im Rahmen des Kernhaushalts 2023 finanziert wird. Der Freistaat Bayern geht nicht den Weg verfassungsrechtlich bedenklicher Sondervermögen, sondern steht für solide und transparente Staatsfinanzen und Generationengerechtigkeit.

---

## Bayerische Universitätskliniken

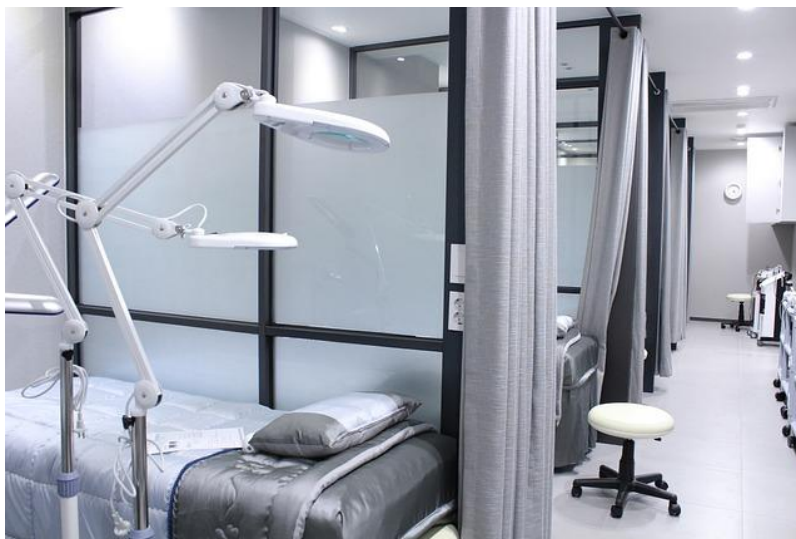


Bild: pixabay.com

Bayerns Universitätskliniken zukunftsfest machen: Damit diese ihre Funktion in einem hochmodernen Gesundheitssystem optimal erfüllen können, wurde in der vergangenen Woche im Plenum die Änderung des Bayerischen Universitätsklinikagesetzes beschlossen.

Konkret bedeutet dies mehr Freiheit beim Bauen, mehr Flexibilität für Unternehmensgründungen und den besseren Austausch von Patientendaten für die Universitätskliniken. Ziel muss es sein, dass Forschungsergebnisse "Made in Bavaria" künftig schneller und besser in Behandlungsmethoden und Medikamente einfließen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wichtig es ist, dass Forschungsergebnisse und Patientendaten schnell weltweit ausgetauscht werden, um den medizinischen Fortschritt und die Entwicklung von Impfstoffen voranzutreiben.

---

## Kampfjet-Beschaffung: Einbindung bayerischer Unternehmen



Bild: pixabay.com

Mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs hatte Bundeskanzler Olaf Scholz eine sicherheitspolitische „Zeitenwende“ ausgerufen. Kernstück war die Schaffung des 100-Milliarden-Euro Sondervermögens für die Bundeswehr, von dem auf die sogenannte Dimension Luft ein Anteil von ca. 40 Prozent entfallen soll. Neben der Beschaffung von persönlicher Ausstattung für die Soldatinnen und Soldaten, wie z.B. Bekleidung oder Nachtsichtgeräten, plant das Bundesverteidigungsministerium auch große Beschaffungsvorhaben, wie z.B. den Kauf von F-35 Kampfjets und CH-47F Chinook-Schwerlasthubschraubern aus US-amerikanischer Produktion. Berichten zufolge ist eine Beteiligung der nationalen wehrtechnischen Industrie sowie der Bundeswehrstandorte bei der Wartung, Instandsetzung und Betreuung der genannten Beschaffungsmaßnahmen derzeit nicht geplant.

Eine eigenständige und systemkompetente sicherheits- und wehrtechnische Industrie ist unabdingbar, um die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten nicht in die Abhängigkeit von sicherheitspolitischen Überlegungen dritter Staaten zu stellen. Für die militärische Luft- und Raumfahrtindustrie – im Freistaat ist rund ein Drittel der deutschlandweit über 400.000 Mitarbeiter der sicherheits- und wehrtechnischen Industrie beschäftigt – sowie den Bundeswehrstandort Bayern ist es politisch von großer Bedeutung, bei diesen umfangreichen Beschaffungsvorhaben möglichst umfassend einbezogen zu sein.

Daher bittet der Bayerische Landtag die Staatsregierung, sich auf Bundesebene auch weiterhin kraftvoll dafür einzusetzen, dass die Beteiligung des Industrie- und Bundeswehrstandorts Bayern bei der Durchführung der Wartung, Instandsetzung und Betreuung der Kampfjets und Hubschrauber eingefordert wird, die aus US-amerikanischer Produktion erworben werden sollen.

---

## Schlüsselzuweisungen 2023



Bild: pixabay.com

Der Landkreis Günzburg selbst 20.462.912 Euro, die kreisangehörigen Gemeinden im Landkreis Günzburg 20.307.848 Euro. Gleichzeitig können sich vor allem Günzburg, Krumbach, Ichenhausen, Ursberg und Bibertal über hohe Schlüsselzuweisungen freuen. Günzburg erhält mit 3.934.432 Euro den höchsten Betrag, es folgen Krumbach mit 3.483.284 Euro, Ichenhausen mit 2.157.828, Ursberg mit 1.517.136 Euro und Bibertal mit 1.403.092 Euro.

Einige Kommunen im Landkreis Günzburg müssen im Jahr 2023 auf Schlüsselzuweisungen verzichten. Hierzu gehören: Balzhausen, Burgau, Burtenbach, Gundremmingen, Jettingen-Scheppach, Kötz, Leipheim, Neuburg a.d. Kammel und Waldstetten.

Die Schlüsselzuweisungen an die Städte und Gemeinden im Landkreis Günzburg verteilen sich wie folgt:

- Aichen: 277.932 Euro
- Aletshausen: 393.184 Euro
- Balzhausen: -
- Bibertal: 1.403.092 Euro
- Breienthal: 479.468 Euro
- Bubesheim: 37.640 Euro
- Burgau: -
- Burtenbach: -
- Deisenhausen: 326.140 Euro
- Dürrlauingen: 755.876 Euro
- Ebershausen: 180.880 Euro
- Ellzee: 264.884 Euro
- Gundremmingen: -
- Günzburg: 3.934.432 Euro
- Haldenwang: 837.960 Euro
- Ichenhausen: 2.157.828 Euro
- Jettingen-Scheppach: -
- Kammeltal: 977.624 Euro

- Kötz: -
- Krumbach (Schwaben): 3.483.284 Euro
- Landensberg: 196.544 Euro
- Leipheim: -
- Münsterhausen: 169.436 Euro
- Neuburg a.d.Kammel: -
- Offingen: 367.428 Euro
- Rettenbach: 166.144 Euro
- Röfingen: 384.880 Euro
- Thannhausen: 696.688 Euro
- Ursberg: 1.517.136 Euro
- Waldstetten: -
- Waltenhausen: 32.632 Euro
- Wiesenbach: 356.276 Euro
- Winterbach: 333.972 Euro
- Ziemetshausen: 576.488 Euro

Bayernweit betragen die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2023 4,27 Milliarden Euro. Die Gemeinden erhalten davon rund 2,73 Milliarden Euro, die rund Landkreise 1,54 Milliarden Euro.

Über die Schlüsselzuweisungen werden die Kommunen im Landkreis Günzburg an den Steuereinnahmen des Freistaats beteiligt. Schlüsselzuweisungen haben die Aufgabe, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und Unterschiede in der Steuerkraft der Kommunen abzumildern. Dabei wird auch die unterschiedliche Aufgabenlast der Kommunen berücksichtigt.

---